



Landeselternbeirat B-W, Silberburgstraße 158, 70178 Stuttgart

Herrn Ministerpräsident Kretschmann
Frau Ministerin Sitzmann
Frau Ministerin Eisenmann
Damen und Herren Abgeordnete der
Regierungsfractionen im Landtag

Stuttgart, 11.07.2016

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,
sehr geehrte Frau Ministerin Sitzmann,
sehr geehrte Frau Ministerin Eisenmann,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete der Regierungsfractionen im
Landtag von Baden-Württemberg!

Gemeinsam mit den vier großen Lehrerverbänden in unserem Land – dem Berufsschullehrerverband, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, dem Philologenverband und dem Verband Bildung und Erziehung – richtet der Landeselternbeirat folgenden eindringlichen Appell zum Thema „Lehrerentlassungen über die Sommerferien“ an Sie:

Der wertschätzende und achtsame Umgang aller am Schulleben Beteiligten ist ein hohes Gut und ein wichtiger Gelingensfaktor für Schule. Vor diesem Hintergrund ist die langjährige Praxis, befristete Arbeitsverträge von Lehrer/innen mit Beginn der Sommerferien auslaufen zu lassen und solche Verträge erst wieder mit Beginn des neuen Schuljahres abzuschließen, ein kontraproduktives und sozial verwerfliches Verhalten. Dies gilt natürlich genauso für die entsprechende Praxis bei Referendar/innen.

Wie wir Schulgemeinschaft leben, ist Teil der Wertevermittlung, die wir ja nicht zuletzt auch an unseren Schulen betreiben. Aber welche Werte vermitteln wir mit der aktuellen Praxis?

Auch schulorganisatorisch ist die aktuelle Praxis schon immer problematisch gewesen. Viele Lehrer/innen verlieren wir dadurch an die Schweiz und die umliegenden Bundesländer. Und gerade die Eltern können aus vielfältiger Erfahrung sagen, wie sehr dies im jeweiligen Fall immer wieder schmerzt.



Generell stehen, auch bedingt durch die bessere Einstellungssituation für Lehrkräfte in 2015 und 2016, deutlich weniger Lehrkräfte für befristete Verträge zur Verfügung. Trotz dieser besseren Einstellungssituation hat sich aber an den allgemeinbildenden Schulen die Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich verschlechtert und an den Beruflichen Schulen ist trotz der Verbesserungen das strukturelle Defizit immer noch nicht abgebaut. Grundschulen und Ganztagschulen stehen weiterhin vor besonderen Herausforderungen, da sie die Kinder nicht einfach nach Hause schicken können. Hier fehlt eine ausreichende Reserve. Außerdem muss für alle Schularten die feste Vertretungsreserve mit zusätzlichen Stellen aufgestockt werden. Wir handeln bei der Unterrichtsversorgung also immer noch aus einer Situation des Mangels heraus – die Unterrichtsversorgung ist trotz vieler Anstrengungen noch lange nicht ausreichend für eine solide Ausstattung der Schulen. Bei den aus der Sicht der Bewerber/innen erfreulich hohen Einstellungsmöglichkeiten handelt es sich weit überwiegend um Ersatzeinstellungen, die die Unterrichtssituation nicht verbessern.

Vor dem Hintergrund der Vorbereitungsklassen – VKL und VABO – erweist sich die aktuelle Praxis der Lehrerentlassungen über die Sommerferien als besonders unsinnig und kontraproduktiv. In vielen Schulen sind mittlerweile solche Klassen eingerichtet. Das ist aber immer mit organisatorischem Aufwand und viel Kreativität an den einzelnen Schulen verbunden. Mit Engagement und Mühe hat man in diesen Schulen nun Wege gefunden, mit der schwierigen Situation umzugehen. Die entsprechenden Lehrer/innen sind in den Kollegien angekommen und haben sich vernetzt. Gerade Letzteres ist für ihre herausfordernde Arbeit unabdingbar. Die Entlassung dieser Lehrer/innen über die Sommerferien – mit ungewissem Fortgang im neuen Schuljahr – bedeutet, dass wir das System wieder auf Start setzen und dass wir – völlig unnötig – viel Zeit zu Beginn des neuen Schuljahres verlieren, um wieder einen Stand zu erreichen, den wir ja schon vor den Sommerferien hatten. Wir haben wahrlich andere Aufgaben an unseren Schulen zu meistern als eine solche strukturell aufgebürdete Sisyphos-Arbeit. In diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, dass in den Schulen auch, wie von uns bereits vorhergesagt, vermehrt traumatisierte Kinder ankommen, für die ein schlüssiges Konzept des Landes bisher fehlt.

Aus all diesen Gründen schlagen wir folgendes Vorgehen vor:

1. Als Fernziel für die folgenden Schuljahre schlagen wir vor, befristete Verträge nur noch mit einer Laufzeit vom 1. August eines Jahres bis zum 31. Juli des Folgejahres abzuschließen. Ebenso schlagen wir vor, bei Referendar/innen durch eine rechtzeitige Einstellung keine Beschäftigungslücke über die Sommerferien entstehen zu lassen. Da die Zahl der verfügbaren Lehrkräfte auf dem Arbeitsmarkt gerade sehr gering ist, müssen wir attraktive Bedingungen für befristete Verträge anbieten, um nicht in der Konkurrenz mit anderen potentiellen Arbeitgebern das Nachsehen zu haben. Letztlich muss es aber das Ziel sein, die viel zu große Zahl befristeter Arbeitsverträge deutlich zu reduzieren und gut ausgebildete Lehrkräfte in reguläre Arbeitsverträge zu übernehmen. Dies ist ein wichtiger Schritt hin zu einer Stabilisierung und Sicherung der Unterrichtsversorgung.
2. Als Nahziel: Die Flüchtlingssituation an unseren Schulen ist für uns eine große moralische Verantwortung und fordert uns zu schnellem Handeln heraus. Daher müssen wir auch ein Nahziel für die Sommerferien 2016 formulieren. Den Unterzeichnern ist es daher wichtig, dass die Kultusverwaltung möglichst schnell mit den für die VKLs und VABOs eingestellten Lehrer/innen Kontakt aufnimmt und alle jenen, die bereit sind, auch im neuen Jahr diese Aufgabe zu übernehmen, einen Vertrag anbietet, der auch die Sommerferien mit einschließt. Besonderes Augenmerk ist dabei darauf zu richten, dass sich beide Seiten dazu verpflichten, soweit irgend



möglich, diese Lehrer/innen weiterhin an den Schulen einzusetzen, an denen sie bisher eingesetzt waren. Für jene VKL- und VABO-Lehrkräfte, die keine abgeschlossene Lehrerausbildung haben, müssen schnell Weiterqualifizierungsmaßnahmen angeboten werden, damit sie regulär eingestellt werden können. Ebenso müssen vermehrt Qualifizierungsmaßnahmen für DAZ (Deutsch als Zweitsprache) angeboten werden. Nur so können wir auf Dauer die Qualität in den VKLs und VABOs gewährleisten.

Wir sind uns dessen bewusst, dass es eine gewisse juristische Herausforderung ist, diese Vorschläge umzusetzen. Aber, seien wir ehrlich, diese Herausforderung lässt sich meistern – sie ist nicht geeignet, sich dahinter zu verstecken, weil man in Wahrheit die Ausgaben für die Zukunft unserer Kinder und unseres Landes scheut.

Daher erwarten wir Ihr mutiges, entschiedenes und schnelles Handeln. Es sind nicht die Versprechungen, sondern die Früchte, die uns erkennen lassen, in welchem Geist gehandelt wird.

Mit herzlichen Grüßen

Herbert Huber
Vorsitzender des
Berufsschullehrerverbands BW

Doro Moritz
Vorsitzende
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft BW

Bernd Saur
Vorsitzender des
Philologenverbands BW

Gerhard Brand
Vorsitzender des
Verbands Bildung und Erziehung BW

Joachim Straub
Vorsitzender des
Landeschülerbeirats BW

Dr. Carsten T. Rees
Vorsitzender des
Landeselternbeirats BW